

#24PUNKTEFÜR24

Beschlussmappe #Generation.Zukunft 36. Landestag DER JUNGEN UNION THÜRINGEN 7. & 8. Oktober | Bad Tabarz



JU

JUNGE UNION
THÜRINGEN

Beschlussmappe

SB1 Frauenquorum.....	2
SB2 Virtuelle Sitzungen	3
SB3 Umlaufbeschluss.....	5
B1 Sozialausgaben und Rentensystem neu strukturieren.....	7
B2 Gesellschaftswissenschaften - eigene Fächer für gute Bildung	9
B3 Migration mit klaren Regeln.....	11
B4 Camping-Tourismus fördern – mehr öffentliche Ver-/Entsorgungsstationen schaffen	14
B5 Einführung von Nachtbussen "PartyShuttle Thüringen" für sichere Jugendmobilität.....	15
B6 Einführung des Thüringer Landespflegegeldes nach dem Vorbild Bayerns.....	17
B7 Sicherstellung von Deutschkenntnissen bei der Einschulung in Thüringen.....	19
B8 Etablierung eines zahnmedizinischen Studiengangs in Erfurt	20
B9 Schrittweise kostenlose Meisterausbildung fördern	21
B10 Erhöhung der Parkbeleuchtung durch Photovoltaik-Betrieb.....	22
B11 Gründung einer gemeinsamen Schauspiel- und Filmakademie Erfurt-Weimar	24
B12 Mundarten durch die Einführung einer Thüringer Dialekt-Initiative fördern.....	26
B13 Schaffung eines bedarfsgerechten Gründerkredits durch die Thüringer Aufbaubank.....	28
B14 Ausweitung des Gründerzuschusses auf alle Bürger	29
B15 Franken-Thüringen-Express erhalten.....	30
B16 Meldeauflagen für ukrainische Geflüchtete - Sozialtourismus unterbinden.....	31
B17 Bereitstellung kostenloser Präservative für 14-25-Jährige in Apotheken	32
B18 Schulpsychologische Betreuung stärken.....	33
B19 Ausbildungsberufe müssen gestärkt werden!	34
B20 Jugendbeteiligungsgremien verpflichtend in die ThürKO.....	35
B21 Nachwuchsförderung bei der Thüringer Polizei stärken.....	36
B22 Meisterlehrgangsgeld abschaffen	37
B23 Die Energiewende „von unten“ unterstützen.....	38
B24 Dauerhaft ermäßigter Steuersatz für die Gastronomie	39
B25 Genderverbot Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten	40
B26 Ärztliche Untersuchung bei der Feststellung der Minderjährigkeit unbegleiteter Ausländer.....	41
B27 Qualitätssiegel „Geprüfte Qualität aus Thüringen" erhalten.....	42
B28 Erhöhung der Therapieplätze im Bereich Kinder- und Jugendpsychotherapie in Thüringen	43
B29 Effektiver Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pornografischen Inhalten im Internet.....	45

SB1 Frauenquorum

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

Es wird folgender neuer § 28a in die Satzung der Jungen Union Thüringen eingefügt:

1 **§ 28a Frauenquorum**

2 (1) Frauen sollen an zu wählenden Ämtern mindestens zu einem Drittel beteiligt sein.
3 Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für diese Ämter haben diesen Grundsatz zu
4 beachten. Die Tagungsleitung kann Kandidatenvorschläge zurückweisen, die Frauen nur
5 unzureichend berücksichtigen. Wird bei Wahlen gleichrangiger Stellen zu Ämtern von der
6 Kreisverbandsebene an aufwärts in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von einem
7 Drittel nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen,
8 zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Dessen Ergebnis ist unabhängig von dem
9 dann erreichten Frauenanteil gültig.

10 (2) § 15 Abs. 3 bis 3b der Statuten der CDU in der ab dem 01.01.2023 geltenden Fassung
11 sind nicht anzuwenden. Vorstehende Regelungen gelten als abweichende Regelung im Sinne
12 des § 15 Abs. 3c der Statuten der CDU in der ab dem 01.01.2023 geltenden Fassung.

Begründung:

Der CDU-Bundesparteitag hat auf seiner letzten Versammlung ein neues Frauen-Statut beschlossen. In § 15 Abs. 3c der Statuten der CDU in der ab dem 01.01.2023 geltenden Fassung hat er den Vereinigungen und Sonderorganisationen aber eine Öffnungsklausel eingeräumt, mit der diese vom neuen Frauenstatut abweichen können. In dieser Öffnungsklausel wird aber festgelegt, dass zumindest das vorher gültige Frauenstatut Anwendung finden muss. Dieses ist in dem vorgeschlagenen § 28a Abs. 1 zu finden. § 28a Abs. 2 gilt als lediglich als Klarstellung im Hinblick auf das CDU-Bundesstatut.

Sollte diese Satzungsänderung nicht vor dem 01.01.2024 beschlossen werden, so tritt das neue Frauenstatut der CDU auch für die JU Thüringen in Kraft. Von der Öffnungsklausel kann nach dem 01.01.2024 gem. § 15 Abs. 3c der Statuten der CDU nicht mehr Gebrauch gemacht werden.

Die JU Deutschland hat bisher keine Regelung in ihrer Satzung veranlasst.

SB2 Virtuelle Sitzungen

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

Es wird folgender neuer § 32a in die Satzung der Jungen Union Thüringen eingefügt:

1 **§ 32a Virtuelle Tagungen**

2 (1) Der Landestag, der Landesausschuss und die Mitgliederversammlungen können im
3 Falle pandemischer Lage und anderer schwerer Umstände als virtuelle Versammlungen
4 durchgeführt werden, es sei denn, dass ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder
5 widerspricht.

6 (2) Vorstandssitzungen können als virtuelle Sitzungen durchgeführt werden, es sei denn,
7 dass ein Viertel der Vorstandsmitglieder widerspricht.

8 (3) Zur Durchführung virtueller (ausschließlich auf elektronische Kommunikation
9 gestützte) Tagungen (Versammlungen und Sitzungen) kann auf audio-visuelle Systeme
10 (Videokonferenztechnik), reine Audio-Systeme (Telefonkonferenztechnik) oder lediglich
11 textliche Systeme zurückgegriffen werden.

12 (4) Bei der Einberufung ist anzugeben, wie die Mitglieder ihre Rechte im Wege der
13 elektronischen Kommunikation ausüben können.

14 (5) Bei virtuellen Tagungen ist sicherzustellen, dass jedes Mitglied teilnehmen und von
15 seinen ihm zustehenden Mitgliederrechten Gebrauch machen kann. Sofern dies einem
16 Mitglied nicht möglich erscheint, hat es sich unverzüglich nach Zugang der Ladung beim
17 Vorsitzenden zu melden. Dieser soll dann in Zusammenarbeit mit dem Mitglied die
18 Möglichkeit der Teilnahme und die Wahrnehmung der Mitgliedsrechte ermöglichen.

19 (6) Wahlen sind auf virtuellen Versammlungen nur durchzuführen, sofern gewährleistet
20 werden kann, dass die Satzungsbestimmungen und Grundsätze einer demokratischen Wahl
21 eingehalten sind, insbesondere dass nur diese das Wahlrecht wahrnehmen können, denen es
22 auch zusteht. Das Erfordernis der Schriftlichkeit der Wahl entfällt insoweit. Das Geheimnis der
23 Wahl ist, durch entsprechende informationstechnische Systeme bzw. Dienstleistungen
24 sicherzustellen.

- 1 (7) Als Stimmzettel im Sinne dieser Satzung gilt auch ein nach den Statuten der CDU
2 Deutschland anerkanntes, zertifiziertes elektronisches Stimmformular, das die Einhaltung der
3 demokratischen Wahlgrundsätze, des Datenschutzes und der Datensicherheit sicherstellt. Bei
4 einer elektronischen Stimmabgabe erfolgt die Wahl durch eindeutige Markierung hinter dem
5 Namen des Kandidaten.
- 6 (8) Versammlungen und Vorstandssitzungen können auch jeweils kombiniert als virtuelle
7 und Präsenzveranstaltung stattfinden (hybride Tagungen). Die vorstehenden Bestimmungen
8 gelten sinngemäß.

Begründung:

Mit Ende der Corona-Sonderregelung des § 5 Abs. 2 und 3a COVMG griff zuerst § 32 Abs. 2 BGB a.F., nunmehr Abs. 3 n.F., der vorsah, dass alle Mitglieder zustimmen mussten. Nunmehr ist in § 32 Abs. 2 BGB n.F. geregelt, dass vor Einberufung einer virtuellen Sitzung zwingend ein Beschluss in Präsenz gefasst werden muss, dass danach virtuell getagt werden kann. Da dies umständlich ist und nach Neuwahlen leicht vergessen werden kann, soll die Satzung hier Klarheit, Einheitlichkeit und Einfachheit herstellen.

Dies findet sich in den Absätzen 1 und 2. Die restlichen Absätze kodifizieren insoweit Vereinsgewohnheitsrecht, das die Mitgliederrechte sichert und damit unabhängig einer schriftlichen Regelung gilt. Abs. 4 der Satzungsänderung entspricht § 32 Abs. 2 Satz 3 BGB, der insoweit zur Wahrung der Mitgliedsrechte zwingendes Recht ist. Abs. 9 stellt klar, dass es auch hybride Tagungen geben darf.

SB3 Umlaufbeschluss

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

Es wird folgender neuer § 32b in die Satzung der Jungen Union Thüringen eingefügt:

1 **§ 32b Umlaufverfahren**

2 (1) Beschlüsse können statt auf einer Vorstandssitzung im Umlaufverfahren gefasst
3 werden, sofern alle stimmberechtigten Vorstandsmitglieder beteiligt wurden, bis zum
4 Schlusstermin der Abstimmung mindestens die Hälfte dieser Vorstandsmitglieder
5 teilgenommen haben sowie von den teilnehmenden Vorstandsmitgliedern die erforderliche
6 Mehrheit für den Beschlussvorschlag gestimmt hat. Das Umlaufverfahren ist unzulässig, wenn
7 mehr als ein Viertel der Vorstandsmitglieder ausdrücklich widerspricht.

8 (2) Dem Umlauf sind alle notwendigen Informationen beizufügen, die es den Verbands-
9 bzw. Vorstandsmitgliedern erlauben, die Bedeutung und Tragweite des Beschlusses absehen
10 und eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

11 (3) Das Umlaufverfahren ist so durchzuführen, dass bewahrbare Gedankenerklärungen
12 der Teilnehmer des Umlaufverfahrens vorliegen, sei es mittels Schriftstücks in verkörperter
13 Form auf dem Postweg, sei es mittels Textform in elektronischer Form über die
14 Kommunikationsmedien E-Mail, SMS, Chat-Room oder Messenger-Dienst. Ein
15 Umlaufverfahren in rein mündlicher Form, insbesondere über Einzelgespräche oder
16 Einzeltelefonate, ist unzulässig; hier ist von der virtuellen Tagung als zeitgleiche, gemeinsame
17 Veranstaltung Gebrauch zu machen.

18 (4) Der Zeitraum des Umlaufverfahrens ist so zu gestalten, dass es den Verbands- bzw.
19 Vorstandsmitgliedern im Allgemeinen möglich ist, sich über den Beschlussgegenstand zu
20 informieren und eine durchdachte Entscheidung treffen zu können.

21 (5) Der Vorsitzende hat das Abstimmungsergebnis und die Fassung des Beschlusses
22 festzustellen und den Mitgliedern bzw. dem Vorstand bekanntzugeben.

Begründung:

Mit Ende der Corona-Sonderregelung des § 5 Abs. 3 und 3a COVMG greift nunmehr wieder § 32 Abs. 3 BGB, der vorsieht, dass ohne Versammlung der Mitglieder ein Beschluss gültig ist, wenn alle Mitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss schriftlich erklären. Über § 28 BGB gilt dies auch für den Vorstand. Da dieses hohe Quorum der Funktionsweise entgegensteht, sollen mit dieser Regelung die Hürden gesenkt werden. Dies findet sich in den Absätzen 1 und 2. Die restlichen Absätze kodifizieren insoweit Vereinsgewohnheitsrecht, das die Mitgliederrechte sichert und damit unabhängig einer schriftlichen Regelung gilt.

B1 Sozialausgaben und Rentensystem neu strukturieren

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 1. Stärkung von Wirtschaftskompetenz in der Schule - mündige Bürger durch Bildung &
- 2 Kompetenz

- 3 2. Kürzung der Sozialausgaben - Grenzen des Sozialstaates inkl. Wirtschaft nicht
- 4 ausreizen = Fördern & Fordern (Selbstverantwortung der Bürger unterstützen,
- 5 Bedürftigen helfen und Faulheit bestrafen)

- 6 3. Verpflichtung für einen beschäftigungsorientierten Einsatz, der nach sechs Monaten
- 7 Arbeitslosigkeit angetreten werden muss - dieser kann in Form von Hilfstätigkeiten in
- 8 der eigenen Gemeinde, bei Hausmeistern oder in Pflegeeinrichtungen, etc. stattfinden

Begründung:

Gemessen am internationalen Vergleich haben deutsche Arbeitnehmer die höchsten Abgaben und Steuerleistungen zu erbringen (OECD). Ein Fakt, der nicht zwangsläufig ein Problem darstellen muss, wenn auf der anderen Seite eine sehr hohe soziale Sicherung gegeben ist. Wenn jedoch eine Abgabenlast von knapp der Hälfte des Einkommens auf niedrigere und mittlere Einkommen aufkommt, entwickelt sich in der Bevölkerung eine gewisse Diskrepanz gegenüber dem Sozialsystem. So muss eine Familie mit Kindern durchschnittlich 40 % ihres Einkommens an den Staat abgeben. Wenn man nun auch noch alleinstehend ist, erhöht sich dieser Abgabenwert auf fast die Hälfte! (1)

Sozialleistungen sollten sich statt stetiger Erhöhungen verstärkt an die aktuelle wirtschaftliche und haushaltspolitische Lage messen. Wenn der Staat sparen muss, müssen insbesondere auch die Sozialleistungen gekürzt werden - dagegen sollte in Zeiten von Rezession in Bildung und Infrastrukturprojekte investiert werden. Es ist daher nur schwer erklärlich, dass im nächsten Bundeshaushalt 24,3 Mrd. Euro (Steigerung zum Vorjahr) für die Finanzierung des Bürgergelds vorgesehen sind, für die Bildung dagegen nur 20,3 Mrd. (Abfall zum Vorjahr) zur Verfügung stehen (2).

Mit einer Stärkung der wirtschaftlichen Bildung wird auch der Grundstein für die private Säule der Rentenvorsorge gelegt, sodass dort angelegtes Geld für junge Generations mitunter sinnvolle Investitionen darstellen. Das Prinzip des Förderns und Forderns muss stets an erster

Stelle stehen. Wer in die Sozialkassen einzahlt, muss auch in schwierigeren Zeiten davon profitieren. Wer durch Entlassungen und Insolvenzen arbeitslos geworden ist, muss vom Staat kurzfristig aufgefangen werden, sodass die Aufnahme eines neuen Berufs begünstigt wird.

Wer jedoch ohne Berufsausübung seit Jahren vom Bürgergeld (ehemals Hartz IV) abhängig ist, jedoch die gesundheitlichen Voraussetzungen zum Arbeiten mit sich bringt, muss arbeiten gehen oder muss spürbar jederzeit sanktioniert werden dürfen. Sollte trotz nachweislicher Anstrengungen keine Arbeit gefunden werden, sollten spätestens nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit Maßnahmen greifen, die eine Verpflichtung für einen beschäftigungsorientierten Einsatz in der Gemeinde, Pflegeeinrichtung, etc. vorsehen.

Im letzten Aspekt soll das von Christian Lindner eingeführte Generationenkapital gestoppt und als gescheitertes Projekt angesehen werden. Mit den dort investierten 10 Mrd. Euro kann nicht im Ansatz ein Teil Rente gegenfinanziert werden - erst recht kann die Rente nicht erhöht werden (3). Ohne gesetzliche Verankerung des Finanzvolumens kann nicht sichergestellt werden, dass die investierten Milliarden auch in die zukünftige Generation fließen - sondern gegebenenfalls zur Tilgung von momentan getätigten Schulden genutzt wird.

- 1) <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oecd-abgaben-und-steuern-in-deutschland-im-internationalen-vergleich-sehr-hoch-a-603bf9f4-648a-4963-807f-637f2283f646>
- 2) <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-07/haushalt-faq-elterngeld-kindergrundsicherung#kindergrundsicherung>
- 3) <https://www.finanztip.de/aktienrente/>

B2 Gesellschaftswissenschaften - eigene Fächer für gute Bildung

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 1. Die Junge Union Thüringen fordert das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und
2 Sport auf, dass die Fächer Geografie, Geschichte, Sozialkunde und Wirtschaft/Recht
3 jeweils eigene Fächer im Ausbildungskanon der Schüler bleiben und diese Fächer mit
4 ausreichenden Wochenstunden ausgestattet werden.
- 5 2. Insoweit fordert die Junge Union Thüringen vom Thüringer Ministerium für Bildung,
6 Jugend und Sport, die Pläne zur Anpassung der Stundentafel der Jahrgangsstufe 10 zu
7 verwerfen bzw. rückgängig zu machen.

Begründung:

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat für die Fächer Geographie, Sozialkunde und Wirtschaft/Recht angekündigt, die Stundentafel der Jahrgangsstufe 10 anzupassen. In einem der Beiträge heißt es: "In der 10. Klasse sollen die Schüler zudem zwischen den Fächern Sozialkunde, Wirtschaft/Recht und Geographie wählen können." (1).

Jedes dieser Unterrichtsfächer hat eine wichtige Bedeutung in der schulischen Ausbildung der Schülerinnen und Schüler. Das Unterrichtsfach Geografie behandelt die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Klimawandel, Armut, Überalterung, Ressourcenverbrauch, weltweite Migration, geopolitische Konflikte, Globalisierung, ...) und damit Themen, die auch für die Zukunft von Thüringen von entscheidender Bedeutung sind. Wirtschaft/Recht, als Teil der sozioökonomischen Bildung behandelt Themen, die sowohl politische, soziale, kulturelle, ökologische, rechtliche und ethische Dimensionen enthalten.

Dabei sind sowohl die verschiedenen wirtschaftlichen Theorien, als auch die sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Bezugsdisziplinen grundlegend. In Anbetracht zunehmender populistischer Kräfte liegt die Verantwortung im Fach Sozialkunde, den Schülerinnen und Schülern die Fähigkeiten für einen verantwortungsvollen Umgang mit politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu vermitteln. Hier werden die politische Bildung und das Verständnis in diesem Bereich an die jungen Menschen gebracht, damit sie in Zukunft in solchen wichtigen Themen mitreden können. Wenn wir unseren Kindern und Jugendlichen nicht beibringen, wie sie sich kritisch mit globalen Verflechtungen auseinandersetzen können,

werden sie sich in einer immer komplexer werdenden Welt nicht mündig orientieren können und im Zweifel einfachen, populistischen Lösungs- und Erklärungsmustern folgen (Abschottung, Protektionismus, Ressentiments gegenüber anderen Kulturen, etc.).

Mit der Kürzung von Unterrichtsstunden wird den Jugendlichen eine notwendige Grundlagenbildung zu z. B. folgenden Themen entzogen: Politische und ökologische Konflikte und Konfliktlösungsstrategien, Landschaft und Geoökosystem, Globalisierung und demographischer Wandel. So werden wichtige Zusammenhänge des Anthropozäns auch für Nachbardisziplinen unsichtbar. Ebenso stellen wir die damit einhergehende, vorgezogene Kurseinwahl für die gymnasiale Oberstufe in Frage.

(1) <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/schulfach-medienbildung-social-media-100.html>

B3 Migration mit klaren Regeln

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

1 Die Junge Union Thüringen fordert:

2 **1. Obergrenze bei der Aufnahme von Geflüchteten in Landkreisen und kreisfreien**
3 **Städten**

4 Es muss ein quartalsweises Limit für die Aufnahme von Geflüchteten geben, welches
5 sich aus den bestehenden Kapazitäten der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte für
6 Unterbringung, Sprachkurse, Kita-, sowie Schulplätze und Betreuungsmöglichkeiten
7 errechnet.

8 **2. Sachleistungsprinzip und Sanktionen**

9 2a) Die Unterstützung von Geflüchteten in Notlagen erfolgt nach dem
10 Sachleistungsprinzip, sodass die Grundlagenversorgung mit Nahrungsmitteln und
11 Kleidung gesichert ist.

12 2b) Nur die Personen, die in Gänze Sprachkurse bzw. Integrationskurse mit dem Ziel
13 der Arbeits- und Gesellschaftsintegration erfolgreich absolviert haben, erhalten
14 Sozialleistungen in Form von "Taschengeld".

15 **3. Sonderverfahren zur umgehenden Arbeitsaufnahme**

16 Insofern keine arbeitsunterbindenden Faktoren (wie Schwangerschaft, Krankheiten,
17 schwere Verletzungen, etc.) vorliegen, muss die Möglichkeit geschaffen werden,
18 mithilfe von Sondergenehmigungen die umgehende Arbeitsaufnahme von
19 Flüchtlingen zu ermöglichen.

20 **4. Abschiebungen konsequent durchsetzen**

21 4a) Die Landesregierung verpflichtet sich, Personen, die sich ohne gültige
22 Aufenthaltsberechtigung gem. §§ 22 ff. AufenthG und §§ 55 ff. AsylG in Deutschland
23 befinden, innerhalb von 14 Tagen abzuschieben.

24 4b) Personen, die zwar nach dem Asylrecht ein Aufenthaltsrecht innehaben, aber
25 intensiv straffällig (sog. Intensivstraftäter; vgl. § 54 AufenthG) geworden sind, sind
26 ebenfalls innerhalb von 14 Tagen abzuschieben.

27 4c) Zur Vollstreckung der Abschiebung darf die Bundespolizei im Rahmen des
28 Rechtsstaates Maßnahmen ergreifen, die eine fristgerechte Abschiebung sicherstellen.
29 4 d) Entlastung der Ausländerbehörden in Thüringen angesichts der steigenden
30 Antragsflut. Dies soll durch die Einführung effizienter Verfahren, die Digitalisierung von
31 Prozessen und die Schaffung von ausreichenden personellen Ressourcen erreicht
32 werden.

33 **5. Stärkung der Grenzsicherung auf allen Ebenen**

34 5 a) EU-Außengrenzen, unabhängig von Festland- oder Wassergrenzen, sind zu
35 schützen; illegale Grenzübertritte müssen sofort geahndet werden. Wir stehen auf
36 außenpolitischer Ebene für die Stärkung der EU-Außengrenzen ein.

37 5 b) Nationale Grenzen sind, insofern es klare Hinweise auf vermehrte illegale
38 Grenzübertritte gibt, temporär stärker zu kontrollieren und mit befristeten
39 Grenzkontrollen zu sichern

Begründung:

Deutsche Kommunen, Städte und Bürger haben seit der Flüchtlingskrise 2015/16 und erneut verstärkt seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine enorme Hilfe für Geflüchtete geleistet. Es zeichnete sich jedoch wiederholt gegen Ende des Jahres 2022 ab, dass Unterbringungs- und Integrationsmöglichkeiten nahezu ausgereizt waren (1). Trotz der schwindenden Ressourcen wurden weder von der Landes- noch von der Bundesregierung Anstrengungen zur Entlastung der Landkreise und Städte unternommen.

Parteiübergreifend äußerten sich Landräte extrem besorgt über die derzeitige Situation in der Flüchtlingspolitik. Jegliche Kapazitäten zur Unterbringung sind vollkommen überlastet, teilweise alles andere als menschenwürdig und Konflikte unter Geflüchteten vorprogrammiert. Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung ist stark gesunken, so sehen nur noch 39 % der Bevölkerung das Asylrecht in dessen aktuellen Form für richtig (2). Zur Wahrung unseres sozialen Friedens ist ein sofortiges Tätigwerden unabdingbar!

Bereits im Land befindliche Geflüchtete, die sich jedoch illegal in Deutschland befinden, müssen konsequent und umgehend abgeschoben werden, um die aktuelle Unterbringungssituation zu entspannen. Gleichzeitig muss bereits an den EU-, wie auch den Bundesgrenzen weiterführende, illegale Migration unterbunden werden.

Nur so kann gewährleistet werden, dass in Deutschland eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen mit erfolgreicher Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt, die mit der Akzeptanz der Bevölkerung einhergeht, gelingt.

- (1) MDR, Dezember 2023 (<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/suhl/erstaufnahme-fluechtlinge-gefluechtete-unterkunft-100.html>)
- (2) Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung, März 2023“

B4 Camping-Tourismus fördern – mehr öffentliche Ver-/Entsorgungsstationen schaffen

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die CDU Thüringen auf, sich auf kommunaler und
- 2 Landesebene dafür einzusetzen, dass mehr öffentliche Stationen für die Versorgung mit
- 3 Frischwasser und die Entsorgung von Grau- und Schwarzwasser für Campingmobile
- 4 geschaffen werden. Die Ausgabe von Frischwasser und die Annahme von Schmutzwasser soll
- 5 dabei unter ortsüblichen Gebühren unter Berücksichtigung der touristischen Zielsetzung
- 6 erfolgen.

Begründung:

Die Camping-Kultur liegt für den Urlaub stark im Trend. Anders als z.B. in den südlichen EU-Staaten wie Frankreich und Italien fehlt es in Deutschland an öffentlichen Ver- und Entsorgungsstationen. So ist man darauf angewiesen, einen privaten Campingplatz aufzusuchen, um kurz das Frischwasser aufzufüllen und das Abwasser zu entleeren. Um diese Umständlichkeit zu reduzieren, sollten an touristischen Hauptverkehrsrouten (öffentliche Parkplätze, Tankstellen, Autobahnrasthöfen) mehr öffentliche, leicht zugängliche Ver- und Entsorgungsstationen errichtet werden.

B5 Einführung von Nachtbussen "PartyShuttle Thüringen" für sichere Jugendmobilität

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen setzt sich dafür ein, in allen Orten Thüringens einen monatlichen
- 2 Nachtbusdienst mit dem Namen "PartyShuttle Thüringen" einzurichten. Dieser Nachtbus soll
- 3 Jugendlichen eine sichere und kostengünstige Transportmöglichkeit zu größeren Festen und
- 4 Parties bieten.

Begründung:

Die Sicherheit und Mobilität von Jugendlichen sind von zentraler Bedeutung, insbesondere bei nächtlichen Veranstaltungen und Feiern. Die Einführung des "PartyShuttle Thüringen" als monatlicher Nachtbusdienst ist eine sinnvolle Maßnahme aus verschiedenen Gründen.

Der "PartyShuttle Thüringen" gewährleistet die Sicherheit junger Menschen, indem er das Risiko von Alkohol- oder Drogenkonsum im Straßenverkehr und damit verbundenen Unfällen minimiert. Jugendliche können unbesorgt feiern und müssen sich keine Sorgen um ihren Heimweg machen.

Zudem verhindert dieser Nachtbus Trunkenheitsfahrten, da er eine sichere Alternative zum Fahren bietet. Dies trägt zur allgemeinen Verkehrssicherheit bei und schützt nicht nur die Jugendlichen, sondern auch andere Verkehrsteilnehmer.

Besonders in ländlichen Gebieten haben Jugendliche oft begrenzte Mobilitätsoptionen, um an außerörtlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Der "PartyShuttle Thüringen" fördert die Mobilität und ermöglicht es ihnen, an sozialen Aktivitäten teilzunehmen und neue Erfahrungen zu sammeln. Die Einführung von Nachtbussen trägt zur Reduzierung des Individualverkehrs in den späten Abendstunden bei. Dies hilft, Verkehrsüberlastung und Umweltauswirkungen zu minimieren und unterstützt somit die Nachhaltigkeitsziele.

Nachtbusse wie der "PartyShuttle Thüringen" bieten oft eine kostengünstige Transportmöglichkeit im Vergleich zu teureren Alternativen wie Taxis. Dies erleichtert jungen Menschen den Zugang zu sicheren Transportmöglichkeiten und fördert die soziale Teilhabe.

Der "PartyShuttle Thüringen" ist eine innovative und praktische Lösung, um die Sicherheit, Mobilität und das soziale Leben junger Menschen in Thüringen zu fördern. Diese Maßnahme trägt dazu bei, gefährliche Situationen im Straßenverkehr zu vermeiden und gleichzeitig die Lebensqualität der Jugendlichen zu verbessern.

B6 Einführung des Thüringer Landespflegegeldes nach dem Vorbild Bayerns

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Einführung eines Thüringer Landespflegegeldes nach
- 2 dem Vorbild Bayerns. Pflegebedürftige in Thüringen ab Pflegegrad 2 sollen jährlich eine
- 3 zusätzliche finanzielle Unterstützung von 1.000 Euro erhalten. Dieses Landespflegegeld soll
- 4 schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden und dient dazu, Pflegebedürftigen die
- 5 Möglichkeit zu geben, sich selbst etwas Gutes zu tun oder ihren pflegenden Angehörigen,
- 6 Freunden und Helfern eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen.

Begründung:

Die Junge Union setzt sich nachdrücklich für die Einführung eines Thüringer Landespflegegeldes ein, das dem bewährten Vorbild Bayerns folgt. Dieses Landespflegegeld ist von großer Bedeutung, da es nicht nur eine finanzielle Unterstützung für pflegebedürftige Menschen darstellt, sondern auch eine verdiente Anerkennung für ihre enormen Anstrengungen und die ihrer pflegenden Angehörigen, Freunde und Helferinnen und Helfer darstellt.

Die Pflegebedürftigkeit kann eine erhebliche Belastung sowohl für die betroffenen Personen als auch für ihre Familien darstellen. Die Kosten für notwendige Pflegemaßnahmen, medizinische Versorgung und Unterstützung können erdrückend sein. In dieser herausfordernden Situation bietet das Landespflegegeld eine finanzielle Entlastung, die dringend benötigt wird. Es ermöglicht den Pflegebedürftigen und ihren Familien, einige der finanziellen Belastungen zu mildern und sich auf die notwendige Pflege zu konzentrieren, ohne sich ständig Sorgen um die finanzielle Situation machen zu müssen.

Besonders wichtig ist die Tatsache, dass das Thüringer Landespflegegeld schnell und unbürokratisch ausgezahlt wird. Dies gewährleistet, dass die finanzielle Unterstützung zeitnah bei denjenigen ankommt, die sie benötigen. Es bietet eine gewisse Sicherheit und schafft Vertrauen in die Pflegepolitik des Landes Thüringen.

Darüber hinaus sendet die Einführung des Landespflegegeldes ein starkes Signal aus, dass die Pflege in Thüringen besonders geschätzt und unterstützt wird. Es zeigt, dass die Menschen im Mittelpunkt der Pflegepolitik stehen und ihre wichtige Arbeit gewürdigt wird.

Die Junge Union ist der festen Überzeugung, dass die Einführung eines Thüringer Landespflegegeldes nach dem Vorbild Bayerns eine bedeutende Maßnahme ist, um die Lebensbedingungen für Pflegebedürftige und ihre Familien nachhaltig zu verbessern und die Pflege im Land zu stärken. Damit möchten wir die herausragende Arbeit aller Pflegekräfte und pflegenden Angehörigen würdigen und die Pflege in Thüringen in eine bessere Zukunft führen.

B7 Sicherstellung von Deutschkenntnissen bei der Einschulung in Thüringen

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die verbindliche Sicherstellung von Deutschkenntnissen
- 2 bei der Einschulung in Thüringen. Dies soll durch die Umsetzung des Grundsatzes "Deutsch
- 3 vor der Einschulung" und die Einführung verbindlicher Sprachfeststellungstests für alle Kinder
- 4 erfolgen. Darüber hinaus wird die Junge Union die Sprachförderung in der
- 5 Kindertagesbetreuung weiterhin sicherstellen und stärker fördern. Insbesondere für Kinder
- 6 und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache
- 7 eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und einen gelingenden Start in
- 8 Schule und Berufsleben.

Begründung:

Die frühzeitige Förderung von Deutschkenntnissen bei Kindern ist von entscheidender Bedeutung, um ihre Chancen auf eine erfolgreiche schulische und berufliche Zukunft zu verbessern. Der Grundsatz "Deutsch vor der Einschulung" ist ein bewährtes Prinzip, das sicherstellt, dass Kinder bereits bei Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Die Einführung verbindlicher Sprachfeststellungstests ermöglicht eine objektive Beurteilung der Deutschkenntnisse aller Kinder vor der Einschulung. Dies ermöglicht es, gezielte Unterstützung und Förderung für diejenigen anzubieten, die zusätzliche Unterstützung benötigen, um ihre Deutschkenntnisse auf das erforderliche Niveau zu bringen.

Die Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Deutschkenntnissen bei Kindern. Die Junge Union Erfurt setzt sich dafür ein, diese Förderung weiterhin sicherzustellen und zu stärken, um sicherzustellen, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, die gleichen Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe haben. Insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist das Erlernen der deutschen Sprache von großer Bedeutung. Dies ermöglicht nicht nur eine erfolgreiche schulische Laufbahn, sondern auch eine bessere Integration in die Gesellschaft und eine erfolgreichere berufliche Zukunft. Die Junge Union bekräftigt ihre Verpflichtung, die Deutschkenntnisse bei der Einschulung sicherzustellen, um allen Kindern in Thüringen die bestmöglichen Startchancen zu bieten. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechten und chancengleichen Bildung für alle Kinder im Land.

B8 Etablierung eines zahnmedizinischen Studiengangs in Erfurt

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen setzt sich dafür ein, einen zahnmedizinischen Studiengang in Erfurt
- 2 zu etablieren, ähnlich der Health and Medical University, die als private Hochschule Mediziner
- 3 ausbildet. Wir möchten die Möglichkeit schaffen, dass angehende Zahnmediziner in Erfurt ihre
- 4 Ausbildung absolvieren können, um den Bedarf an zahnmedizinischer Versorgung in
- 5 Thüringen zu decken und gleichzeitig Bildungsmöglichkeiten zu erweitern.

Begründung:

Die Einrichtung eines zahnmedizinischen Studiengangs in Erfurt ist von großer Bedeutung, um den Bedarf an zahnärztlicher Versorgung in der Region besser abdecken zu können. Der Zugang zu zahnärztlicher Versorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung, und die Schaffung von mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Zahnmediziner trägt dazu bei, diesen Zugang sicherzustellen. Die Zahl der Mediziner wird immer weniger. Nur noch 900 Zahnärzte werden ab 2025 den Notdienst in Thüringen abdecken können, Praxisnachfolge und Patientenversorgung wird dadurch immer schwieriger.

Die Health and Medical University in Erfurt hat bereits gezeigt, dass private Hochschulen medizinische Ausbildungsprogramme anbieten können. Die Einführung einer zahnmedizinischen Ausbildung in Erfurt würde die Bildungsmöglichkeiten in Thüringen erweitern und jungen Menschen die Chance bieten, eine qualitativ hochwertige zahnmedizinische Ausbildung vor Ort zu absolvieren.

Die Junge Union Thüringen unterstützt die Idee, eine zahnmedizinische Ausbildung in Erfurt zu etablieren, um den Bedarf an zahnärztlicher Versorgung zu decken, Bildungsmöglichkeiten auszubauen und die Gesundheitsversorgung zu stärken. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einer umfassenden und hochwertigen Gesundheitsversorgung in Erfurt und Thüringen.

B9 Schrittweise kostenlose Meisterausbildung fördern

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die schrittweise Einführung einer kostenlosen
- 2 Meisterausbildung in Thüringen. Wir setzen uns dafür ein, dass angehende
- 3 Handwerksmeisterinnen und -meister finanziell entlastet werden, indem die Gebühren für die
- 4 Meisterausbildung schrittweise reduziert werden.

Begründung:

Die Förderung der Meisterausbildung ist von entscheidender Bedeutung für die Stärkung des Handwerks und die Sicherung von qualifiziertem Fachpersonal in Thüringen. Die Kosten für die Meisterausbildung können für viele angehende Meisterinnen und Meister eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen.

Die schrittweise Einführung einer kostenlosen Meisterausbildung ist ein wichtiger Anreiz, um mehr junge Menschen für eine Meisterqualifikation zu motivieren und die Weiterentwicklung ihrer beruflichen Fähigkeiten zu fördern. Dies trägt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks in Thüringen bei.

Die Junge Union unterstützt die Idee, die finanzielle Belastung angehender Handwerksmeisterinnen und -meister zu reduzieren, indem die Meisterausbildung schrittweise kostenlos gestaltet wird. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Handwerkskunst in Thüringen zu fördern und die Qualität der handwerklichen Dienstleistungen im Land zu sichern.

B10 Erhöhung der Parkbeleuchtung durch Photovoltaik-Betrieb

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 202

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen setzt sich dafür ein, die Beleuchtung in Parks und öffentlichen
- 2 Grünanlagen durch den Einsatz von Photovoltaik-Technologie zu erhöhen. Ziel ist es, die
- 3 Sicherheit und Nutzbarkeit dieser Bereiche während der Nacht zu verbessern und gleichzeitig
- 4 umweltfreundliche Energiequellen zu nutzen.

Begründung:

Die Erhöhung der Parkbeleuchtung durch Photovoltaik-Betrieb ist eine Maßnahme, die sowohl die Sicherheit als auch die Lebensqualität in unserer Stadt deutlich steigern kann. Erstens trägt eine gut beleuchtete Umgebung in Parks und Grünanlagen dazu bei, die Kriminalitätsrate zu senken und unsichere Situationen während der Nacht zu reduzieren. Die verbesserte Sicherheit in diesen Bereichen schafft ein angenehmeres und sichereres Umfeld für die Bürgerinnen und Bürger, die diese Orte für Freizeitaktivitäten, Sport und Entspannung nutzen. Darüber hinaus erweitert die bessere Beleuchtung die Nutzungsmöglichkeiten der Parks. Menschen können die Grünanlagen länger nutzen und auch in den Abendstunden von den öffentlichen Freizeiteinrichtungen profitieren. Dies trägt zur Förderung der Gesundheit und des sozialen Zusammenhalts bei, indem es den Menschen mehr Gelegenheiten bietet, sich im Freien zu bewegen und miteinander Zeit zu verbringen.

Nicht zuletzt ist der Einsatz von Photovoltaik-Technologie für die Parkbeleuchtung umweltfreundlich. Solarenergie ist eine erneuerbare Energiequelle und reduziert den CO₂-Ausstoß. Dies passt zu den Zielen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit und trägt zur Verbesserung der Luftqualität in unserer Stadt bei.

Schließlich ist die langfristige Kosteneffizienz ein weiterer wichtiger Aspekt. Obwohl die anfänglichen Investitionen für Photovoltaik-Beleuchtungssysteme möglicherweise höher sind, führen sie langfristig zu erheblichen Kosteneinsparungen. Die Energie aus der Sonne ist kostenlos, und die Betriebskosten für Photovoltaik-Beleuchtung sind im Vergleich zu herkömmlichen Beleuchtungssystemen niedrig.

Die Junge Union ermutigt die Stadtverwaltungen, in die Modernisierung der Parkbeleuchtung durch den Einsatz von Photovoltaik-Technologie zu investieren. Dies wird nicht nur die Sicherheit und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger erhöhen, sondern auch dazu beitragen, Umweltziele zu erreichen und das Engagement unserer Stadt für nachhaltige Lösungen zu demonstrieren.

B11 Gründung einer gemeinsamen Schauspiel- und Filmakademie Erfurt-Weimar

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen setzt sich für die Gründung einer gemeinsamen Schauspiel- und
- 2 Filmakademie in Zusammenarbeit der Städte Weimar und Erfurt ein. Diese Akademie soll eine
- 3 hochwertige Ausbildung für angehende Schauspieler sowie Filmemacher bieten und die
- 4 kulturelle Entwicklung unserer Städte fördern. Dabei sollen die bestehenden
- 5 Medieneinrichtungen, wie das Medienzentrum in Weimar und der Kinderkanal in Erfurt, aktiv
- 6 einbezogen werden, um Thüringen als Medienstandort weiter zu stärken.

Begründung:

Die Gründung einer gemeinsamen Schauspiel- und Filmakademie in Erfurt und Weimar, in Verbindung mit den bestehenden Medieneinrichtungen, bietet zahlreiche Vorteile. Dieses Vorhaben würde junge Talente aus der Region fördern und ihnen die Möglichkeit bieten, eine qualitativ hochwertige Ausbildung in den Bereichen Schauspiel und Filmproduktion zu erhalten, ohne in entfernte Städte reisen zu müssen. Dies trägt zur kulturellen Vielfalt und zur Stärkung des kulturellen Lebens in unserer Region bei.

Die Schaffung einer Schauspiel- und Filmakademie könnte die Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten Erfurt und Weimar intensivieren und den kulturellen Austausch fördern. Dies würde nicht nur künstlerische Synergien schaffen, sondern auch die Attraktivität beider Städte als kulturelle Zentren erhöhen.

Darüber hinaus hätte die Akademie das Potenzial, junge Künstlerinnen und Künstler auszubilden, die in der Film- und Theaterbranche erfolgreich sind und einen positiven Einfluss auf die kulturelle Landschaft unserer Region und darüber hinaus ausüben könnten.

Die Einbindung bestehender Medieneinrichtungen wie das Medienzentrum in Weimar und der Kinderkanal in Erfurt ermöglicht es, die vorhandenen Ressourcen und Fachkenntnisse zu nutzen und Thüringen als Medienstandort weiter zu stärken. Dies kann dazu beitragen, innovative Projekte in den Bereichen Film und Medien zu fördern und Thüringen national und international als bedeutenden Medienstandort zu etablieren. Die Junge Union Thüringen unterstützt nachdrücklich die Idee der Gründung einer gemeinsamen Schauspiel- und Filmakademie Erfurt-Weimar und sieht darin eine Möglichkeit, die kulturelle Entwicklung

unserer Stadt voranzutreiben, junge Talente zu fördern und Thüringen als Medienstandort zu stärken. Diese Akademie könnte zu einem wichtigen kulturellen und künstlerischen Zentrum in unserer Region werden und die Zukunft des Schauspiels, der Filmproduktion und der Medienbranche in Thüringen gestalten.

B12 Mundarten durch die Einführung einer Thüringer Dialekt-Initiative fördern.

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Der Landestag der Jungen Union Thüringen fordert die Einführung einer Thüringer Dialekt-
- 2 Initiative. Diese Initiative soll regelmäßige Untersuchungen zur Verbreitung und Entwicklung
- 3 der regionalen Thüringer Mundarten durchführen. Außerdem wird die Ansprache jüngerer
- 4 Thüringer über eine gezielte Sozial-Media-Strategie gefördert. Darüber hinaus sollen in
- 5 Schulen regionale Thüringer Mundarten im Rahmen des Deutschunterrichts gefördert
- 6 werden. Zusätzliche Unterstützung soll durch die Förderung von Projekten, Publikationen,
- 7 Vereinen und Auszeichnungen im Zusammenhang mit Thüringer Mundarten erreicht werden.

Begründung

Thüringen ist Heimat einer Vielzahl von regionalen Dialekten, die eine reiche kulturelle und historische Tiefe widerspiegeln. Diese Dialekte sind nicht nur Ausdruck unserer Heimat, sondern auch Teil unserer Identität und unseres Erbes. Sie wurden jedoch lange Zeit marginalisiert und in einigen Fällen sogar in der schulischen Bildung unterdrückt. Diese Tendenz muss gestoppt werden, denn Untersuchungen zeigen, dass Dialekte die kognitive Entwicklung von Kindern positiv beeinflussen können.

Die Verschiedenheit der Thüringer Dialekte, von Eichsfelder Platt im Norden bis zu den ostfränkischen Dialekten im Südwesten und „Altenburgsch“ im Osten, spiegelt die kulturelle Vielfalt des Landes wider. Doch während in anderen Bundesländern wie Bayern oder Schleswig-Holstein Dialekte ihren festen Platz in der Gesellschaft haben, stehen Thüringer Mundarten vor allem bei der jüngeren Generation auf dem Rückzug. Durch die Einführung einer Thüringer Dialekt-Initiative kann aktiv gegen diese Entwicklung vorgegangen werden. Regelmäßige Untersuchungen zur Verbreitung der Mundarten schaffen die nötige Datengrundlage für gezielte Fördermaßnahmen. Eine zielgruppenspezifische Sozial-Media-Strategie kann helfen, auch jüngere Thüringerinnen und Thüringer für die Mundarten ihrer Heimat zu begeistern. Dies ist besonders wichtig in Zeiten, in denen andere Einflüsse, etwa durch Anglizismen oder ideologisch motivierte Sprachveränderungen, zunehmen.

Die Einbindung der Mundarten in das Bildungssystem von Kindergärten und Schulen fördert nicht nur die Wertschätzung der Sprache, sondern hat auch einen positiven Effekt auf die sprachliche Entwicklung der Kinder. Zusätzlich sollte die Förderung von Projekten, Publikationen und Vereinen, die sich der Erhaltung der Dialekte widmen, gestärkt werden. Durch die Vergabe von Auszeichnungen und Preisen können auch ehrenamtliche Engagements gewürdigt und gefördert werden.

Daher fordert die Junge Union Thüringen eine Initiative, die sich aktiv für die Erhaltung und Förderung der Thüringer Mundarten einsetzt.

B13 Schaffung eines bedarfsgerechten Gründerkredits durch die Thüringer Aufbaubank

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Einführung eines speziellen, bedarfsgerechten
- 2 Gründerkredits durch die Thüringer Aufbaubank. Der maximale Kreditbetrag soll bei 100.000
- 3 Euro liegen, wobei auch die Möglichkeit für kleinere Kreditbeträge im Bereich von wenigen
- 4 hundert Euro bestehen soll. Als Voraussetzung für die Bewilligung dieses Kredits soll die
- 5 Vorlage eines qualifizierten Businessplans erforderlich sein.

Begründung:

Die Schaffung eines bedarfsgerechten Gründerkredits adressiert den vielfältigen Finanzierungsbedarf von Start-ups und jungen Unternehmern in Thüringen. Durch die Möglichkeit, sowohl kleinere Kreditbeträge im Bereich von wenigen hundert Euro als auch größere Summen bis zu 100.000 Euro beantragen zu können, wird eine breite Palette an Unternehmensgründungen unterstützt. Dies kann von der kleinen Selbstständigkeit bis hin zum technologieorientierten Start-up reichen.

Die Anforderung eines qualifizierten Businessplans stellt sicher, dass die beantragten Mittel zielgerichtet und effizient eingesetzt werden. Ein gut durchdachter Businessplan hilft nicht nur bei der Kreditvergabe, sondern dient auch als wichtiges Planungsinstrument für die Gründer selbst. Die Implementierung dieses bedarfsgerechten Kreditangebots wird daher die unternehmerische Landschaft in Thüringen nachhaltig fördern und zu wirtschaftlichem Wachstum im Bundesland beitragen.

B14 Ausweitung des Gründerzuschusses auf alle Bürger

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Ausweitung des durch die Agentur für Arbeit
- 2 angebotenen Gründerzuschusses auf alle Bürger, unabhängig davon, ob diese einen Job am
- 3 Arbeitsmarkt finden würden und wie die Vermögensverhältnisse sind.

Begründung:

Der Gründerzuschuss ist derzeit auf Sozialhilfe-Empfänger beschränkt, wodurch ein großer Teil der Bevölkerung, der ebenfalls Gründungspotenzial besitzt, nicht unterstützt wird. Durch die Öffnung des Zuschusses für alle Bürger könnten mehr Unternehmen gegründet werden. Dies würde zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung der Wirtschaft beitragen. Ein breiterer Zugang zum Gründerzuschuss fördert zudem die Diversität der Unternehmenslandschaft, indem Menschen aus verschiedenen Berufs- und Bildungshintergründen ermutigt werden, unternehmerisch tätig zu werden.

B15 Franken-Thüringen-Express erhalten

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Thüringer Landesregierung auf, den Franken-
- 2 Thüringen-Express als Regionalexpress zu erhalten.

Begründung:

Der Franken-Thüringen-Express ist ein Netz von Regionalzügen, das die Städte Nürnberg, Bamberg, Würzburg, Coburg, Sonneberg, Lichtenfels, Jena, Naumburg und Leipzig miteinander verbindet. Doch zum Ende des Jahres 2023 sollen die Regionalexpress durch Fernverkehrszüge ersetzt werden. Hieraus würde sich eine finanzielle Mehrbelastung für die Fahrgäste dieser Strecke ergeben, da zum einen nicht versichert werden kann, dass die IC-Verbindungen zum Regionalbahn-Preis angeboten werden können und zum anderen sind Fernverkehr-Verbindungen nicht in das Deutschland-Ticket inkludiert. Gerade das Regio-Ticket Franken/Thüringen stellt eine günstige Verbindung innerhalb Sachsens, Thüringens und Bayern dar, von der vor allem junge Menschen wie Studenten und Azubis profitieren. Diese Möglichkeit würde bei der Einsetzung von Fernverkehrszügen eingeschränkt.

B16 Meldeauflagen für ukrainische Geflüchtete - Sozialtourismus unterbinden

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung auf, Meldeauflagen für ukrainische
- 2 Geflüchtete einzurichten. Diese sollen eine wöchentliche Meldepflicht beim jeweiligen
- 3 Arbeitsamt, sowie eine wöchentliche Auszahlung des Bürgergeldes beinhalten.

Begründung:

Die Hilfe für Menschen in Not ist fester Bestandteil unseres christlichen Menschenbildes. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zwang Millionen von Menschen, ihre Heimat zu verlassen und einen Großteil ihrer Habseligkeiten zurückzulassen. Für uns ist es daher eine Selbstverständlichkeit, ukrainischen Geflüchteten auch finanzielle Mittel zukommen zu lassen. Jedoch sollte vor allem regelmäßige finanzielle Unterstützung, beispielsweise die Auszahlung von Bürgergeld, nur jenen gewährt werden, die sich über einen längeren Zeitraum in Deutschland aufhalten. In jüngster Vergangenheit zeichnet sich leider die Tendenz eines Missbrauchs jener Unterstützung (das Beziehen von Sozialleistungen trotz eines kurzweiligen Aufenthaltes) bei einem geringen Anteil ukrainischer Geflüchteter ab. Dies stößt vor allem auf Unmut deutscher Bürger, die bereits seit Jahren oder Jahrzehnten in das Sozialsystem einzahlen. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir Maßnahmen, die jenen Tendenzen entgegenwirken. Wir halten daher eine wöchentliche Meldepflicht sowie wöchentliche statt monatlicher Auszahlung von Sozialleistungen für sinnvoll.

B17 Bereitstellung kostenloser Präservative für 14-25-Jährige in Apotheken

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Bereitstellung kostenloser Präservative für 14–25-
- 2 Jährige in Apotheken, sowie kostenlose Testmöglichkeiten auf sexuell übertragbare
- 3 Krankheiten für jeden.

Begründung:

Im Zeitalter der Antibabypille wird die Verwendung von Kondomen zunehmend als irrelevant betrachtet. Unterstützt wird diese Entwicklung durch die finanzielle Belastung junger Menschen beim Kauf der Präservative. So hat sich beispielsweise in den Jahren 2009-2019 die Zahl pro Jahr registrierter Syphilis-Neuinfektionen in Deutschland von 3828 auf 7922 in etwa verdoppelt. Für die Eindämmung bereits bestehender Geschlechtskrankheiten unterstützen kostenlose Testmöglichkeiten auf sexuell übertragbare Krankheiten. Die anfallenden Kosten sollen die Krankenkassen übernehmen.

B18 Schulpsychologische Betreuung stärken

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert, dass jeder Thüringer Schüler die Möglichkeit das Recht auf
- 2 schulpsychologische Betreuung bekommt, unabhängig vom Wohnort und Schulzweig. Der
- 3 Freistaat Thüringen muss sich zu einer ausreichenden Finanzierung verpflichten.

Begründung:

Unter der derzeitig amtierenden rot-rot-grünen Minderheitsregierung ist Thüringen bei der Schulpsychologischen Betreuung unter den Durchschnitt gerutscht, so kommen auf einen Schulpsychologen im Schnitt mehr als 7000 Schüler und circa 600 Lehrer. Die Auslastungsgrenze liegt mit 5000 Schülern weit darunter, die aktuelle Situation fordert viel von den im Schnitt schlechter bezahlten Schulpsychologen. Die Folgen der Coronapandemie sind für viele Schüler und Lehrer immer noch spürbar, die Versorgung bleibt unverändert schlecht.

B19 Ausbildungsberufe müssen gestärkt werden!

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union fordert die Landesregierung dazu auf, ein Sofortprogramm aufzulegen, um
- 2 Ausbildungsberufe in Thüringen besser zu stärken. Folgende Punkte sollen Bestandteil dessen
- 3 sein:
 - 4 1. Dezentrale Schulnetzplanung – Auszubildende müssen die Möglichkeit haben,
 - 5 möglichst nah an ihrem Wohnort die Berufsschule besuchen zu können, um weite
 - 6 Fahrwege zu vermeiden.
 - 7 2. Azubi-Ticket – Das 49€-Ticket ist die günstigste Option für Auszubildende, um mit dem
 - 8 ÖPNV zu fahren. Dies ist immer noch viel teurer als das Semesterticket für Studierende.
 - 9 3. Mehr Flexibilität bei Berufsschulklassen – Auch Berufsschulklassen mit weniger als 10
 - 10 Schülern müssen beschult werden und dürfen nicht einem unflexiblen
 - 11 Bildungsministerium zum Opfer fallen.
 - 12 4. Öffentliche Freisprechungen von Gesellen auf öffentlichen Plätzen – Auszubildende
 - 13 gehören in die Mitte der Gesellschaft und verdienen deren Respekt.

B20 Jugendbeteiligungsgremien verpflichtend in die ThürKO

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert, dass der §26a ThürKO so geändert wird, dass
- 2 Jugendbeteiligungsgremien verpflichtend in allen Landkreisen und kreisfreien Städten
- 3 eingefügt werden. Finanziert werden sollen die Parlamente aus Mitteln des Thüringer
- 4 Landesprogramm Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Die Themen der
- 5 Jugendbeteiligungsgremien sind auf den eigenen Wirkungskreis der Kommunen beschränkt.

Begründung:

Politische Bildung kommt an Thüringer Schulen leider viel zu kurz. Rot-Rot-Grün plant den Sozialkundeunterricht massiv einzukürzen und gleichzeitig fordert die Fraktion Die Linke Thüringen auch noch das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 14 Jahre zu senken. Dies passt nicht zu zusammen. Politische Bildung muss jungen Menschen nahebringen, wie Politik funktioniert und Lust darauf machen, sich gesellschaftlich zu engagieren. Dies schafft man am besten, wenn man Politik erlebbar macht und nachvollziehbar erklärt.

B21 Nachwuchsförderung bei der Thüringer Polizei stärken

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung dazu auf, die Nachwuchsförderung
- 2 der Thüringer Polizei zu stärken. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:
 - 3 1. Zusagen für Bewerber im Polizeidienst müssen früher erteilt werden. Nur so haben die
 - 4 Bewerber die nötige Planungssicherheit und orientieren sich nicht um.
 - 5 2. Sonderzahlungen für emotional und körperlich schwierige Einsätze müssen auch in
 - 6 Thüringen Realität werden.
 - 7 3. Ein Job-Ticket und Fahrrad-Leasing können den Beruf attraktiver machen.
 - 8 4. Die Ausstattung der Polizei muss weiter verbessert werden und auf dem neusten Stand
 - 9 gehalten werden.
 - 10 5. Das Marketingbudget für die Nachwuchsförderung muss erhöht werden.
 - 11 6. Die Polizei muss die Möglichkeit haben, in Schulen präsenter zu werden. Auch müssen
 - 12 Praktikumsplätze vermehrt zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Die Thüringer Allgemeine berichtet wiederholt über den massiven Nachwuchsmangel in der Thüringer Polizei. Nach Angaben des CDU-Innenexperten Raymond Walk fehlen insgesamt 800 Beamte und Beamtinnen im Freistaat. Die DPolG spricht davon, dass insgesamt jedes Jahr 500 neue Polizisten übernommen werden müssten, um dem entgegenzusteuern. Davon ist Thüringen im Moment weit entfernt. Dieser Zustand ist nicht länger haltbar und darf in einem Rechtsstaat nicht zu einem Dauerproblem werden. Aus diesem Grund muss die Landesregierung jetzt dringend handeln.

B22 Meisterlehrgangsgeld abschaffen

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung dazu auf, dass Meisterlehrgangsgeld
- 2 für alle Berufe abzuschaffen.

Begründung:

In Thüringen und Deutschland herrscht Fachkräftemangel. Die Attraktivität von Ausbildungsberufen lässt immer weiter nach, dabei sind die Karriereoptionen viel besser, als viele junge Menschen denken. Ein Elektromeister kostet etwa 10.000€ zzgl. dazu kommen noch Kosten für das Meisterstück. Einen Masterabschluss an einer Universität oder Fachhochschule kann man dagegen für einen geringen Semesterbeitrag erlangen. Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden.

B23 Die Energiewende „von unten“ unterstützen

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Erarbeitung einer landesweiten Strategie, kommunale
- 2 Projekte zur Energiewende in allen Teilbereichen finanziell und beratend zu unterstützen, um
- 3 vor Ort den besten und kosteneffizientesten Weg zu einer klimafreundlichen und
- 4 fortschrittlichen Energieversorgung in kommunaler Selbstverantwortung zu ermöglichen.
- 5 Zudem fordert die Junge Union Thüringen im Rahmen einer solchen Strategie die Stärkung
- 6 und Förderung von Bürgerenergiegenossenschaften für eine dezentrale und ökologische
- 7 Energieversorgung.

Begründung:

Um einen effizienten Umbau unserer Energieversorgung hin zu erneuerbaren und umweltschonenden Energiequellen zu erreichen, ist es wichtig, die Menschen vor Ort mitzunehmen und ihre Eigeninitiative zu stärken. Jedoch darf nicht das bloße Abwälzen von Verantwortungen auf Kommunen und Gemeinden die Lösung sein.

Die Fach- und Ortskenntnis in den einzelnen Gemeinden und Städten muss genutzt und gefördert werden um im Rahmen einer kommunalen Wärmeplanung, aber auch bei Projekten zur Stromerzeugung, Industrie- und Verkehrsplanung, die besten und kosteneffizientesten Lösungen zu finden.

Um damit aber einzelne Kommunen und Amtsträger nicht zu überlasten, ist eine landesweite Strategie zur Finanzierung und Unterstützung notwendig, die auch Entbürokratisierung und die Möglichkeit der Unterstützung bei Planung und Umsetzung konkreter Projekte beinhaltet.

B24 Dauerhaft ermäßigter Steuersatz für die Gastronomie

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert, dass die bis Ende 2023 geltende Sonderregelung, den
- 2 ermäßigten Steuersatz von 7% auf Restaurant- und Verpflegungsleistungen anzuwenden, in
- 3 ein permanentes Gesetz umgewandelt wird, um dringend notwendige Planungssicherheit für
- 4 Gastronomen in Thüringen zu gewährleisten.

Begründung:

Seit dem Beginn der Corona-Pandemie befindet sich das deutsche Gastgewerbe im Krisenmodus. Flächendeckende Lockdowns gefolgt von rapide steigenden Energiekosten und ein immer weiter zunehmender Fachkräftemangel stellen viele Gastronomiebetriebe vor immense Herausforderungen und gerade kleine, familiengeführte Restaurants sind massiv von Insolvenzen bedroht.

Deshalb fordern wir den herabgesetzten Steuersatz von 7% für Speisen in der Gastronomie als ein dauerhaftes Gesetz umzusetzen, um die immer noch hohe Inflation abzumildern und Gastronomen in Thüringen die Planungssicherheit zu geben, die sie benötigen.

Weiterhin profitieren große Fastfoodketten vom aktuellen Besteuerungsunterschied zwischen im Haus verzehrten Speisen gegenüber „take away“ Angeboten überproportional. Mit einem dauerhaft ermäßigten Steuersatz auf Speisen in der Gastronomie würde auch dieser strukturelle Nachteil für kleine Restaurants und Verpflegungsdienstleister verschwinden.

B25 Genderverbot Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen spricht sich für ein Genderverbot in den Öffentlich-Rechtlichen-
- 2 Rundfunkanstalten (ÖRR) aus. Wir fordern, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen
- 3 werden, um eine neutrale Berichterstattung zu gewährleisten. Dies soll dazu beitragen, der
- 4 Fragmentierung der Sprache entgegenzuwirken und mehr Klarheit und Verständlichkeit zu
- 5 schaffen. Dadurch wird die Inklusivität gesteigert und die Berichterstattung der ÖRR einem
- 6 größeren Teil der Gesellschaft zugänglich.

Begründung:

In den letzten Jahren hat sich eine intensive Diskussion über die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache und die Darstellung von Genderthemen in den Medien entwickelt. Insbesondere in den ÖRR ist eine verstärkte Tendenz zu beobachten, die geschlechtsspezifische Sprache und traditionelle Rollenbilder in den Programmen zu verändern. Dies führt zu einer Polarisierung der Gesellschaft und der Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit.

Ein Genderverbot in den ÖRR würde bedeuten, dass eine einheitliche und klare Sprachverwendung ohne geschlechtsspezifische Formulierungen und die Vermeidung von Genderthemen in den Programmen gefördert wird.

Es ist wichtig zu betonen, dass ein Genderverbot nicht bedeuten würde, dass die Themen Gleichberechtigung und Diversität ignoriert werden. Vielmehr geht es darum, eine ausgewogene Darstellung und Berichterstattung sicherzustellen, die die verschiedenen Sichtweisen und Meinungen in der Gesellschaft widerspiegelt. Ein Genderverbot würde dazu beitragen, die Meinungsvielfalt zu erhalten und einer einseitigen Beeinflussung entgegenzuwirken.

B26 Ärztliche Untersuchung bei der Feststellung der Minderjährigkeit unbegleiteter Ausländer

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Im Clearingverfahren für unbegleitete minderjährige Ausländer soll die ärztliche
- 2 Untersuchung, z.B. die Untersuchung von Handwurzelknochen und Schlüsselbein oder die
- 3 Zahndaten-Analyse, der Begutachtung durch mehrere Gutachter vorgezogen werden, um eine
- 4 Altersermittlung durchzuführen.

Begründung:

Zur Personengruppe der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) zählen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne Begleitung der Eltern oder anderer Sorgeberechtigter eingereist sind. Sie werden nach Sozialgesetzbuch (SGB VIII) vom örtlich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen. Das zuständige Jugendamt leitet ein sogenanntes Clearingverfahren ein. Dabei sind zunächst die individuellen Flucht- und Lebensumstände der UMA zu erfassen. Daraus werden die weiteren asyl-, ausländer- und jugendhilferechtlichen Maßnahmen abgeleitet. Zudem werden Bildungsgrad, Gesundheitszustand und Ausbildungswünsche ermittelt und geprüft, ob es gegebenenfalls Angehörige in der Bundesrepublik oder in anderen Aufnahmestaaten gibt.

Im Clearingverfahren selbst ist die Feststellung des Alters der UMA von entscheidender Bedeutung. Häufig fehlen Geburtsurkunden und Pässe der Betroffenen. Dazu ist es gelebte Praxis, dass ein Gutachter das Alter der UMA in einem Interviewverfahren bewertet. Sollte dieser keine Entscheidung treffen können, wird ein weiterer Gutachter eingesetzt. Nur selten kommt die ärztliche Untersuchung als erste Maßnahme zum Einsatz, obwohl diese die objektivste, ressourcensparenste und sicherste Nachweismöglichkeit ist.

B27 Qualitätssiegel „Geprüfte Qualität aus Thüringen" erhalten

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung dazu auf, das Qualitätssiegel
- 2 „Geprüfte Qualität aus Thüringen" auch nach 2023 mit angepassten Standards zu erhalten.
- 3 Verarbeitete Produkte sollten lizenziert werden, wenn sie neben einer besonders hohen
- 4 Qualität auch zu mindestens 75 % aus Thüringer Rohstoffen bestehen. Unverarbeitete
- 5 Produkte müssen weiterhin zu 100 Prozent aus Thüringen stammen.

Begründung:

Das Thüringer Qualitätszeichen „Geprüfte Qualität aus Thüringen" tragen Lebensmittel aus der Thüringer Land- und Ernährungswirtschaft sowie Produkte aus dem Gartenbau. Ihnen gemeinsam ist ein hoher Qualitätsanspruch. Das Siegel garantiert neutral geprüfte Spitzenqualität – über dem gesetzlichen Standard.

Das Zeichen wird vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL) als Lizenzgeber seit 1993 vergeben. Verarbeitete Produkte werden seit 2018 lizenziert, wenn sie neben einer besonders hohen Qualität auch nahezu vollständig (zu mindestens 90 %) aus Thüringer Rohstoffen bestehen.

Diese Standards sind aus Perspektive der Landwirte und Erzeuger nicht zu halten, weil viele Zutaten (z.B. Zucker) für verarbeitete Lebensmittel nicht oder nicht in ausreichender Menge und Qualität in Thüringen zur Verfügung stehen. Seit der Umstellung der Prüfkriterien von 50,1% auf 90% ist die Vergabe drastisch gesunken. Mit der Einführung der angehobenen Standards warben nur noch 34 Betriebe auf den Verpackungen von 68 Produkten mit dem Thüringer Qualitätszeichen. Zehn Jahre zuvor waren es 145 Betriebe mit 462 Produkten.

Daher hat sich die Landesregierung dazu entschlossen, das Siegel mit dem Jahr 2023 auslaufen zu lassen. Stellvertretend dafür wird die Kampagne „Meine Region" vom Landwirtschaftsministerium vorangetrieben. Der Begriff „Region" ist dabei gesetzlich nicht definiert, auch handelt es sich nicht mehr um ein Qualitätssiegel.

B28 Erhöhung der Therapieplätze im Bereich Kinder- und Jugendpsychotherapie in Thüringen

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Jungen Union Thüringen fordert:
 - 2 1. Erhöhung und Anpassung der Kassensitze im Bereich der Kinder- und
 - 3 Jugendpsychotherapie in Thüringen.
 - 4 2. Erhöhung der Akut-Plätze in den Kinder- und Jugendpsychiatrien.
 - 5 3. Schaffung einer neuen Richtlinie zur Komplexbehandlung für Kinder und Jugendliche.

Begründung:

Immer mehr Menschen in Thüringen leiden an psychischen Krankheiten. Vor allem bei jungen Menschen sind die Fallzahlen gestiegen. So zeigt eine Übersicht der Thüringer Kliniken, dass im Jahr 2022 rund ein Viertel mehr Mädchen zwischen 15 und 17 Jahren stationär wegen Depressionen und Angststörungen behandelt wurden als noch 2019.

Dabei sind selbstverletzendes Verhalten wie Ritzen oder Essstörungen keine Seltenheit. Nicht optimal behandelte psychische Erkrankungen sind nachweislich die Hauptgründe für die im Schnitt 25 Suizide pro Tag in Deutschland. So hält es die Stiftung Deutsche Depressionshilfe und Suizidprävention anlässlich des Weltsuizidpräventionstags am 10. September fest. Auch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen (KVT) hat über die vergangenen Jahre einen deutlich gestiegenen Bedarf an psychotherapeutischen Angeboten festgestellt. 2017 suchten 1.237 Menschen über die KVT einen Therapieplatz. Durch die Coronapandemie und im Verlauf der vergangenen Jahre ist die Zahl auf 7.188 im Jahr 2022 angestiegen. Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychotherapie (KJP) ist ein Anstieg von 123% von 2019 auf 2022 zu verzeichnen.

Nicht nur die Erhöhung von Kassensitzen, sondern insbesondere die Schaffung einer neuen Richtlinie zur Komplexbehandlung kann einen Lösungsansatz für die mangelnde Versorgung bieten. Ähnlich wie bei einer bereits bestehenden Bundesrichtlinie für Erwachsene könnten damit neue Behandlungsformen möglich und abrechenbar werden. Dazu zählt zum Beispiel der Besuch zu Hause oder in der Schule, um auch dort eine Behandlung vorzunehmen und die Vernetzung zwischen Psychotherapeuten, Psychiater und Hausarzt zu verstärken.

Auch bei der Akutbehandlung gibt es Handlungsbedarf. Die Wartelisten in den KJPs im Land Thüringen steigen immer weiter, so warten im Klinikum Mühlhausen 90 Kinder und Jugendliche auf eine stationäre Behandlung, zusätzlich 60 Kinder und Jugendliche auf einen Platz in den dazugehörigen Tageskliniken.

B29 Effektiver Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pornografischen Inhalten im Internet

36. Landestag der Jungen Union Thüringen, Bad Tabarz, 7. & 8. Oktober 2023

Beschluss:

- 1 Die Junge Union Thüringen fordert den effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen vor
- 2 pornografischen Inhalten im Internet. Websites, die pornografische Inhalte anbieten, müssen
- 3 verpflichtet werden, eine Altersverifikation durchzuführen, um sicherzustellen, dass nur
- 4 Volljährigen der Zugang zu diesen Inhalten gewährt wird. Dazu ist eine europäische Initiative
- 5 notwendig.

Begründung:

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pornografischen Inhalten im Internet ist wichtig, um ihre körperliche, emotionale und psychische Gesundheit zu gewährleisten, gesunde Beziehungen zu fördern, sexuellen Missbrauch zu verhindern und sie in einer respektvollen und werteorientierten Umgebung aufwachsen zu lassen. Eltern, Lehrer und die Gesellschaft insgesamt tragen die Verantwortung dafür, Kinder und Jugendliche vor den potenziell schädlichen Auswirkungen von Pornografie zu schützen und ihnen eine positive und gesunde Sexualerziehung zu ermöglichen.

Aktuell ist Kindern und Jugendlichen der Zugang zu Webseiten, die pornografische Inhalte anbieten, ohne Probleme möglich. Das Internet bietet einfachen Zugang und fragt häufig nur das Alter ab, ohne einen Nachweis über dieses anzufordern. So können Kinder und Jugendliche versehentlich oder absichtlich mit den entsprechenden Inhalten in Kontakt kommen. Dem gilt es entgegenzuwirken.